

Ricardo hat den Schlüssel gefunden, er fand aber nicht das Tor, das der Schlüssel aufschloß. Und mit ihm fanden auch seine Nachfolger, selbst wenn sie, wie die Sozialisten, danach suchten, das Tor nicht, das aus der bürgerlichen Gesellschaft herausführt. Erst Karl Marx erschloß es uns. Er wurde der Entdecker der sozialistischen Gesellschaft, weil er nach Tönnies' Wort „der Entdecker der kapitalistischen Produktionsweise“ war.

Die sächsische Probe.

Bemerkungen über Wahlrechtsschutz.

Von Georg Stadnauer.

In einer Betrachtung über „den Widerstand des deutschen Volkes gegen Wahlentrechtungen“ hat soeben Edmund Fischer die Vorgänge in Sachsen im Winter 1895/96 seiner Kritik unterworfen.¹ Bei der Bedeutsamkeit des Gegenstandes möchte ich die meines Erachtens unrichtige Auffassung der damaligen Geschehnisse nicht unwidersprochen lassen; um so weniger, als aus ihr leicht falsche Schlüsse für die Taktik unserer Partei gezogen werden können.

Aus dem Ausland ist mehrfach, zuletzt seitens Jaurès' auf dem Amsterdamer Kongress, die vorwurfsvolle Frage nach Deutschland gerichtet worden, wie es denn möglich gewesen sei, daß das „rote Königreich“, das sozialistische Sachsen „den Raub des allgemeinen Wahlrechtes ohne Widerstand über sich ergehen ließ“. Ähnlich äußerte sich Turati in Bologna, um den Eindruck zu erwecken, als sei seine Richtung immerhin noch weit „radikaler“ als die deutsche Sozialdemokratie, welche die Wahlentrechtung „ohne eine revolutionäre Bewegung zuließ“. Und Edmund Fischer, der in jenen sächsischen Wahlrechtsskämpfen in vorderster Reihe mitgewirkt hat, erkennt die Berechtigung des Tadels an und erklärt: in der Tat habe das sächsische Volk die Wahlentrechtung „ruhig hingenommen“. Er will dann die Erklärung für diese „Tatsache“ suchen und wirft die Frage auf: „Was hätte anderes geschehen können als das, was geschehen ist?“

In Wahrheit beruhen die Vorwürfe der ausländischen Sozialisten in unzureichender Kenntnis der wirklichen Verhältnisse. Gegenüber Jaurès ist zunächst daran zu erinnern, daß im Jahre 1895 Sachsen keineswegs „das rote Königreich“, „das sozialistische Sachsen“ gewesen ist. Bei den Reichstagswahlen von 1893 zählte die Sozialdemokratie 270654 Stimmen gegenüber 321411 gegnerischen. Von 23 Mandaten hatte die Partei erst 7 inne. Im Landtag hatten wir 15 Abgeordnete unter 82. Die Sozialdemokratie war also noch in der Minderheit der Wähler und das „rote Königreich“ konnte damals diesen Namen ganz und gar noch nicht führen. Dieser Hinweis auf den damaligen Stand der Sozialdemokratie in Sachsen soll nicht etwa bedeuten, daß bei der jetzt erreichten Stärke unter sonst gleichartigen Verhältnissen die Wahlentrechtung verhindert worden wäre. Hierüber läßt sich natürlich nichts behaupten. Der Hinweis ist aber sehr erheblich, weil er bereits auf den Grundirrtum deutet, den jene Tadler begehen, welche sagen, man habe in Sachsen die Entrechtung „ohne Widerstand“ ertragen. Die Tadler, wenn sie von „Widerstand“ sprechen, meinen gewaltsamen Widerstand und Edmund Fischer spricht in eigenartig

¹ Siehe „Sozialistischen Monatshefte“, Oktoberheft 1904.

radikalisierender Verächtlichkeit wiederholt davon, daß „nur papierene Resolutionen“ beschlossen wurden. Die Tatsache jedoch, daß Sachsen eben erst seit der Wahlentrechtung und zum guten Teile infolge der Wahlentrechtung das „rote Königreich“ geworden ist, widerlegt die Vorstellung von der ergebener Widerstandslosigkeit des sächsischen Volkes gegenüber furchtbarem Unrecht. Wer diesen Widerstand übersehen oder unberechtigt verkleinert, muß zu trüben Schlüssen über die Fähigkeit der Arbeiterklasse zum Widerstand gegen Gewalttätigkeiten gelangen; solche trüben Schlüsse sind aber erfreulicherweise abzulehnen, da sie aus unrichtigen Voraussetzungen gezogen sind.

Wenn Turati gar gesagt hat, man brauche in Italien „die Loyalität nicht so weit zu treiben“ wie die deutsche Sozialdemokratie in Sachsen, so erscheint dieser Spott aus seinem Munde besonders erstaunlich. Er hat an einer gewaltsamen Bewegung teilgenommen, die unter schweren Opfern zusammenbrach, er selbst wurde in das Zuchthaus geworfen und die Lehre, die er aus dieser in Sachsen vermißten „revolutionären Bewegung“ zog, war die Entwicklung zur äußerst gemäßigten Taktik. In Sachsen ist nicht der gewiß heroische Widerstand, der dem italienischen Volkstemperament und der damaligen politischen Situation in Italien entsprach, geleistet worden, die sächsischen Sozialdemokraten sind aber dafür auch nicht in die Lage gekommen, nach blutiger Niederlage die alten Kampfesgrundsätze aufzugeben. Die sächsischen Sozialdemokraten sind heute so revolutionär wie früher, wenn sie auch weder damals noch jetzt dieselben Formen des Widerstandes anwenden, die in Mailand einst geübt wurden, aber jetzt durch eine Taktik der leisesten Schritte ersetzt erscheinen.

Wenn die irrtümliche Auffassung des Auslandes dadurch begreiflich ist, daß von dort aus das Geschehnis von 1896 als isolierte Tatsache außerhalb der Gesamtentwicklung Sachsens und Deutschlands angesehen wird, wodurch der falsche Schein entsteht, so ist es um so merkwürdiger, daß Genosse Edmund Fischer, der den Dingen so nahe steht, dieselbe falsche Auffassung vertritt. Ja — noch merkwürdiger! — in seiner Erinnerung stellt es sich so dar, als habe die sächsische Sozialdemokratie selbst damals eine ganz andere Wahlrechtsbewegung, einen ganz anderen Widerstand erwartet, einen „revolutionären Widerstand“, wie ihn die Ausländer vermissen. Er spricht von der Erbitterung und dem Kampfesmut unter den aktiv tätigen Parteigenossen und stellt in schwärzesten Gegensatz dazu die untätigen, gleichgültigen Volksmassen. Eine kleine Zahl von Parteigenossen hätte, nach seiner Darstellung, alles aufgeboten, um das Volk zu erregen, aber es sei überhaupt keine rechte Wahlrechtsbewegung zustande gekommen, geschweige denn, daß man bereit gewesen wäre, sich wegen des Wahlrechtes „die Köpfe einschlagen zu lassen“; es seien Resolutionen angenommen worden, weiter nichts; das äußerste war, daß in Leipzig nach der großen Bebelversammlung einige hundert Arbeiter gruppenweise nach dem Innern der Stadt zogen, „einige riefen: Hoch das Wahlrecht! und als die Polizei kam, ging man ruhig auseinander“. Die „Deutsche Tageszeitung“, das sächsische Regierungsorgan in Berlin, hat aus dieser Darstellung nicht ohne Berechtigung und mit viel Behagen gefolgert, sie habe es stets gesagt, daß nur „einige Hezer“ unzufrieden waren, das Volk habe sich durch die Wahlrechtsänderung gar nicht beschwert gefunden.

Es ist festzustellen, daß im ganzen Verlauf des großen sächsischen Wahlrechtskämpfens weder die Landtagsfraktion noch die Leiter der Parteiorganisationen noch die Presse einen anderen Widerstand erregen wollten als den, der tat-

sächlich erregt worden ist. Als jene Straßendemonstration sich in Leipzig begab, hat niemand darin eine neue Hoffnung erblickt oder gewünscht, daß daraus eine andersgeartete Wahlrechtsbewegung sich entwickeln solle. Alle wußten vielmehr, daß nichts dergleichen Aussicht hatte, daß aus eigener Kraft des Proletariats, bei dauerndem Zusammenhalt der bürgerlichen Parteien im Landtag, das Unheil zunächst nicht abgewendet werden könnte.

Ebenso unrichtig ist die Darstellung der Volksstimmung durch Fischer. Wichtig ist nur, daß in sehr großen Teilen des sächsischen Volkes, ja in der Mehrheit der landtagswahlberechtigten Wählerschaft das Verständnis für das Unrecht, das begangen werden sollte, ebenso fehlte wie überhaupt das Verständnis für die Bedeutung der gesetzgeberischen Arbeit des Landesparlamentes noch wenig entwickelt war, was die geringe Wahlbeteiligung bei den vorhergehenden Wahlen bewiesen hatte. Gleichwohl herrschte in der Arbeiterschaft, soweit die sozialdemokratische Propaganda an sie herankam, dieselbe tiefe Erregung wie in den leitenden Kreisen der Partei; und diese leitenden Kreise selbst waren es, die stets die Massen aufforderten, trotz alledem die Ruhe zu bewahren. Fischer erzählt, um die Teilnahmlosigkeit der Bevölkerung zu veranschaulichen, ausführlich ein Einzelerlebnis — in einem Industriestädtchen war die anberaumte Versammlung schlecht besucht, einige Männer spielten Karten, Frauen strickten Strümpfe; in bedauerlicher Übertreibung erklärt er: So waren die meisten großen Protestversammlungen beschaffen. Dies ist ganz und gar unrichtig. Ich kann meine persönlichen Erinnerungen der Darstellung Fischers entgegensetzen; überall, wo immer politischer Geist in der Arbeiterschaft lebte, herrschte große Erbitterung, die Versammlungen waren überaus stattlich; jener Agitationsfeldzug, der sich durch den Winter 1895/96 bis in das Frühjahr hin ausdehnte, war einer der größten und erfolgreichsten Kämpfe der deutschen Sozialdemokratie. Wir haben keine Enttäuschung erlebt an unserer Arbeiterschaft, die vielmehr, fern von aller aussichtslosen Tollkühnheit, tapfer den schweren Streit durchfocht und in der Folgezeit bald bewies, was sie in diesen Kämpfen gelernt hatte.

Eine Enttäuschung erlebten wir nur etwa am — Liberalismus. Wir hatten seinen traurigen Niedergang seit langem gesehen. Aber man durfte damals immerhin noch wähnen, er werde in dieser entscheidenden Stunde einen Rest seiner Grundsätze aufrecht erhalten. Der Liberalismus versagte vollständig, teilte mit der konservativen Reaktion jede Schurkerei, wofür ihm später die Vergeltung ward, indem er im Dreiklassenlandtag durch die konservative Zweidrittelmehrheit elendiglich an die Wand gedrückt wurde. Jaurès mag leicht über den Wahlkampf der sächsischen Sozialdemokratie abfällig urteilen — besteht in seinem Lande die gesicherte Volkshoheit durch die Sozialdemokratie oder nicht vielmehr durch den bürgerlichen Liberalismus und die bürgerliche Demokratie? Das ist der nie zu übersehende Unterschied zwischen den Staaten unserer Kritiker und unseren Zuständen, besonders der sächsischen, daß ein bürgerlicher Liberalismus völlig fehlt. Daher — abgesehen von anderen, hier nicht zu erörternden Momenten — müssen auch die Formen unseres Kampfes, unseres Widerstandes gegen reaktionäre Anschläge andere sein als in jenen Staaten. Es traten damals in Sachen wohl einige tüchtige Männer gegen die Entrechtung auf den Plan, allen voran der bejahrte Professor Böhmert. Diese „Professorenbewegung“ begann der Regierung auch unbequem zu werden, unbequemer vielmehr als unsere Bewegung, mit der man von vornherein gerechnet hatte und

die auf jeden Fall niederzutreten die brutale Reaktion und das unwissende Banausentum der Ständekammern entschlossen waren. Aber die wenigen bürgerlichen Opponenten wurden von der bürgerlichen Masse schmählich im Stiche gelassen. Es zeigte sich endgültig, daß in Sachsen kein selbständiges Bürgertum vorhanden war. Die Reaktion mit dem großen Gefolge ihrer Mitläufer in allen Schichten und die sozialdemokratische Arbeiterchaft standen unvermittelt schroff gegeneinander. Da waren wir in der Minderheit und zunächst machtlos, die Vergewaltigung des Wahlrechtes zu verhindern. Unter diesen Umständen wäre der Widerstand der Gewalt unsinnig gewesen. Genosse Fischer aber, der nüchterne Politiker, der es liebt, vor Illusionen zu warnen, ergibt sich der seltsamen Illusion, die zugleich eine unberechtigte Herabsetzung der damaligen Bewegung bedeutet, als ob etwas anderes hätte geschehen können, wenn — die Sozialdemokratie nicht eine falsche Agitationsmethode betrieben hätte!

Das entscheidende Moment zur Würdigung der sächsischen Kämpfe liegt darin, daß von ihrem Anbeginn an uns und die Masse des Volkes der Gedanke beherrschte: Wenn das sächsische Wahlrecht vernichtet wird, so sind wir nicht die Besiegten, sondern werden die Sieger durch das Reichstagswahlrecht; wir werden die sächsische Politik auf die größere Tribüne des Reiches tragen, wir werden dort die sächsische Rückständigkeit und Klassenwillkür vor der weitesten Öffentlichkeit aufdecken, und bei den Wahlen zum Reichstag wird das sächsische Volk, von Wahl zu Wahl in stets gewaltigerer Deutlichkeit, die rächende Antwort erteilen. Da dieser aus den Verhältnissen notwendig entspringende und richtige Gedanke die ganze Bewegung beherrschte, konnte die Neigung zu einem „anderen Widerstand“ überhaupt nicht in den Gemütern mächtig werden. Wäre dem sächsischen Volke ein Recht genommen worden, ohne dessen Besitz ihm die elementaren Voraussetzungen seines politischen Wachstums gefehlt hätten, so würde zweifellos der Kampf in jeder Hinsicht und in jedem Stadium seiner Entwicklung ganz anders verlaufen sein. So stand aber die Frage nicht und darum fand der Ausgang des Kampfes uns auch keineswegs als geschlagene und in ihrer Entwicklung geknickte Partei, sondern in aller Erbitterung über das schmähvolle Unrecht standen wir aufrecht und im sicheren Bewußtsein, daß die reaktionären Sieger von heute die Besiegten von morgen sein werden.

Es ist betrübend, wenn jetzt jene Kämpfe, auf welche die sächsische Sozialdemokratie ohne Bedauern, mit Stolz zurückschauen darf, verkleinert werden. Es wird zur törichten Legende, als habe das sächsische Volk die Entrechtung „ohne Widerstand ruhig hingenommen“. „Widerstand“ leisten, bedeutet nicht in jedem Falle, daß einer reaktionären Maßnahme mit Gewalt zu begegnen ist, koste es die Köpfe und wäre der schlimmste Ausgang zu erwarten. Haben wir dem Sozialistengesetz, das uns gänzlich außer das Gesetz stellte, „Widerstand“ geleistet in dem Sinne, wie er jetzt plöblich allein gelten soll? Wir mußten das Sozialistengesetz über uns ergehen lassen und haben dann den Widerstand geleistet, der uns vortrefflich bekam, schlecht aber den Feinden. Nicht anders ist die Wahlrechtsfrage in Sachsen zu beurteilen. Wie die deutsche Sozialdemokratie im schweren Kampfe gegen das Ausnahmegesetz und geradezu durch das Ausnahmegesetz stark und groß geworden ist, so die sächsische Sozialdemokratie im Kampfe gegen die Entrechtung von 1896. Der Erfolg unseres Widerstandes zeigte sich über alles Erwarten glänzend in den Wahlen von 1898 und 1903.

Die Wahlrechtsfrage ist seit 1896 nicht von der sächsischen Tagesordnung verschwunden. Während die Regierung und ihre Parteien geglaubt hatten, das

Volk werde sich recht schnell mit dem Verlust des Wahlrechtes abfinden, trat, wie wir vorausgesagt, das Gegenteil ein: unsere Partei hatte das wichtigste Agitationsmittel, um dem Volke die Klassenherrschaft zu demonstrieren, der es unterworfen ist. In immer weitere Kreise und immer tiefer in das politische Bewußtsein grub sich die erbitternde Erkenntnis der Rechtsvergewaltigung, da sich zugleich unsere Prophezeiung erfüllte, daß die gesamte sächsische Politik sich durch das Dreiklassenwahlssystem zum schweren Schaden der Bevölkerung verschlechtern würde. Man erlebte die völlige Versumpfung der sächsischen Landtagspolitik, den furchterlichen Finanzjammer, die widerwärtige Verweigerung einer einigermaßen den Reichtum heranziehenden Besteuerung, die Steuerzuschläge auf die Einkommen der Unbemittelten, die Spar- und Knäuserpolitik gegenüber den Unterbeamten in den Staatsbetrieben. Unsere Partei war in der Lage, diesen Zusammenbruch der „staatserbaltenden“ Politik in Sachsen als notwendige Folge der Ausschließung des Volkes von der Gesetzgebung zu erklären. Durch unseren Kampf gegen die Entrechtung und die unter dem neuen Wahlsystem eingetretene Gestaltung der sächsischen Zustände, die hier nur angedeutet werden konnte, errangen wir in Sachsen den in der Geschichte der Sozialdemokratie unübertroffen großen Sieg vom 16. Juni 1903. Nichts irrtümlicher, als daß das „rote Königreich“ die Entrechtung widerstandslos ertragen habe, vielmehr erweckte die Entrechtung den dauernden, nachhaltigsten Widerstand, aus dem Sachsen als das „rote Königreich“ hervorging.

Es ist daher auch die Annahme irrig, als habe die angebliche Widerstandslosigkeit in Sachsen die Gefahren für das Reichstagswahlrecht vermehrt. Gewiß, die preussische Scharfmacherei ist unbelehrbar und hat aus den sächsischen Vorgängen nur die Lehre gezogen: Wenn die Entrechtung in Sachsen die Sozialdemokratie im Reichstag gefördert hat, so ist auch das Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Man soll die Gefahr, die von dieser Seite droht, natürlich nicht irgendwie unterschätzen, um so weniger, da die Reichsregierung genugam ihre Bereitwilligkeit für die Politik bekundet hat, zu der nichts nötig als starke Nerven und schwacher Verstand. Aber — ohne Zweifel — an weiten politischen Kreisen Deutschlands, außerhalb der Sozialdemokratie, sind die sächsischen Erfahrungen nicht spurlos vorübergegangen. Abgesehen davon, daß die Ausichten der Reaktion im Reiche in jeder Beziehung weit ungünstigere sind als damals in Sachsen, worauf hier nicht eingegangen werden soll, hat man sich sagen müssen: Die Ereignisse in Sachsen haben gezeigt, wie ein Volk sich zur Wehr setzen kann gegen Entrechtung, ohne sich, wie es die Scharfmacherei ersieht, die Schädel einschlagen zu lassen. Sachsen, das „Probierland der Reaktion“, wurde das Exempel der reaktionären Erfolglosigkeit. Ich bin der Ansicht, daß im Falle eines Angriffs gegen das Reichstagswahlrecht dem deutschen Volke ganz andere Methoden und Mittel des Widerstandes möglich sind als 1896 in Sachsen; wenn aber gleichwohl die Wahlrechtsfeinde, in Unterschätzung der dem Volke zustehenden Abwehrmittel und in der Zuversicht, daß die Arbeiterklasse ihrer Gewalt unterliegen müssen, zur Tat zu schreiten sich vermessen, so müßten doch alle bürgerlichen Richtungen, die nicht völlig mit Blindheit geschlagen, aus den Folgen der sächsischen Entrechtung sich einigermaßen auf die notwendig im Reiche eintretenden Folgen besinnen. Es würde kommen, worauf Bebel warnend wies: die Arbeiterschaft und die weitesten Volkstriebe würden dem „Waterland“, das ihnen schwere Pflichten auferlegt, aber die menschlichen Grundrechte verweigert, in stets

wachsender Feindseligkeit gegenüberstehen, es würde der Kampf um die Wiedereroberung des entrissenen Rechtes die gesamte Politik beherrschen und das Volk bis in die Tiefen gewaltig erregen, es würden in den Einzelstaatslandtagen fortdauernde Vorstöße gegen das Reichsunrecht erfolgen, es würden die Gewerkschaften die Er kämpfung des politischen Rechtes für ihre Mitglieder in ihr Programm aufnehmen, es würden die sozialdemokratischen Organisationen mächtig wachsen. In allem würde das Gegenteil dessen erfolgen, was die Reaktion wünscht, gerade wie es in Sachsen geschah.

Auch für die deutschen Dynastien, um dies mit einem Worte zu streifen, dürfte das sächsische Vorbild keineswegs verlockend sein. Nirgends mehr als in Sachsen wurde das „monarchische Bewußtsein“ gepflegt und gegen die Sozialdemokratie ausgespielt. Gerade aber die Tatsache, daß der soeben verstorbene König von Sachsen im Jahre 1896 als Mitglied der Ersten Kammer das neue Wahlgesetz unterstützte und mitbeschloß, hat die Bemühungen der Monarchisten so vollkommen scheitern lassen, daß der König, dessen Vorgänger nach alter Übung alljährlich die in Sachsen gewählten Reichstagsabgeordneten in noch stattlicher Zahl um sich versammelte, nun diese Befundung des Volksvertrauens gänzlich entbehren mußte; nur zwei antisemitische Säulen geben noch trübseliges Zeugnis von einstiger Herrlichkeit der „Ordnungsparteien“ und des monarchischen Bewußtseins in Sachsen.

Wenn also die Mirbach und Manteuffel Herren der nächsten deutschen Zukunft werden sollten — wir haben es nicht zu fürchten. Wir wünschen nicht die Verschärfung der Kämpfe, die dann einsetzen müßte, noch weniger aber fürchten wir sie!

In diesen Ausführungen liegt aber zum guten Teile zugleich auch die Widerlegung der Mahnungen, mit denen Genosse Edmund Fischer die von ihm gestellte Frage beantwortet: Was anderes hätte geschehen sollen als das, was geschehen ist, um Entrechtungspläne der Gegner zu bekämpfen? Nachdem Fischer die Teilnahmlosigkeit des sächsischen Volkes an den Landesangelegenheiten und an dem Landeswahlrecht außerordentlich übertrieben, behauptet er, wir selbst trügen zum Teile die Schuld an dieser angeblichen Teilnahmlosigkeit. Es sei dem Volke immer gesagt worden: Wir wählen nur, um zu wählen; also habe das Volk kein rechtcs Interesse am Parlament gehabt. Auch dieser Behauptung ist entschieden zu widersprechen. Diese Behauptung ist wiederum geeignet, die Tätigkeit unserer Partei in Sachsen und besonders der sächsischen Landtagsfraktionen herabzusetzen, aber sie ist völlig haltlos.

Gewiß hat die Sozialdemokratie in Sachsen damals — wie heute — und in Übereinstimmung mit der gesamten deutschen Partei auf dem Standpunkt gestanden, daß unsere Tätigkeit sich nimmermehr darin erschöpfen darf, Mandate zu erringen und im Parlament irgendwelche, zumeist unter den heutigen Verhältnissen nur geringfügige Vorteile für die arbeitende Klasse zu erzielen, sondern daß die Wirkung auf das Volk selbst unsere Hauptaufgabe ist, daß ganze Menschen, ganze Staatsbürger, ganze Sozialdemokraten geschaffen werden sollen. Diese — hoffentlich unveräußerliche — Anschauung unserer Partei hat jedoch in Sachsen niemals zur Unterschätzung der gesetzgeberischen Arbeit geführt. Das gesamte Tun unserer Parteigenossen im sächsischen Landtag, von jener Zeit an, da Bollmar und Bebel und Liebknecht dort saßen, bis zu dem letzten Tage, da der letzte sozialdemokratische Abgeordnete hinausgedrängt wurde, legt Zeugnis ab gegen eine derartige Behauptung. Ebenso sind in der Versamm-

lungssagitation und in den Zeitungen stets alle Materien der sächsischen Gesetzgebung, Fabrikinspektion und Steuerwesen, Armenwesen und Schulwesen, Gewerkschaftswesen und Lage der Staatsarbeiter usw. in gründlicher Sachlichkeit behandelt worden und stets und überall ist die unmittelbare Wichtigkeit all dieser der Landesgesetzgebung unterstehenden Angelegenheiten für das Wohl der unteren Volksklassen eindringlichst propagiert worden. Es ist unbegreiflich, wie gesagt werden kann, daß in Sachsen, nach der Losung „wir wählen nur, um zu wählen“, der Wert der parlamentarischen Tätigkeit herabgesetzt worden sei, während in Wahrheit die parlamentarische Betätigung unserer Partei in Sachsen das erste vortreffliche Vorbild wurde für die Nachfolge in den anderen Bundesstaaten auf demselben Wege. Man soll nur das 1903 erschienene „Handbuch für sächsische Wähler“ von Emil Niehsche einigermassen anblättern, um die völlige Unrichtigkeit jener Behauptungen festzustellen. Es widerspricht den Tatsachen, wenn eine Schuld der Sozialdemokratie konstruiert wird, als habe sie durch ungeschickten Scheinradikalismus Verfehlungen begangen, und es wäre ebenso eine leere Hoffnung, wenn man glauben wollte, wir könnten im Reiche durch irgendwelche Änderung unserer Agitation stärkere Garantien für das Reichstagswahlrecht gewinnen. Die Unmöglichkeit, in Sachsen das Wahlrecht sogleich abzuwehren, lag nicht in einer durch uns verschuldeten Veringachtung des Parlamentes, sondern allein in der einfachen Tatsache, mit der wir uns heute noch abfinden müssen, daß nur eine Minderheit des Volkes von unserer Lehre und vom vollen Bewußtsein der staatsbürgerlichen Aufgaben durchdrungen war.

Es erschien nötig, das Andenken der sächsischen Wahlrechtskämpfe vor falschen Darstellungen zu schützen. Zahlreiche tüchtigste Genossen haben ihr Bestes in jener Bewegung geleistet, das sächsische Volk, soweit es überhaupt sozialdemokratisch war, hat seine Schuldigkeit getan. Es wäre bedauerlich, wenn Irrtümmer, die bei ausländischen Genossen, welche aus der Ferne unsere Zustände nicht genau sehen, leichter entstehen können, auch bei uns Verbreitung fänden.

Die Richtigtstellung dieser Vorgänge befreit aber zugleich von dem Wahne, als könne durch eine Taktik der Mäßigung der Widerstand gegen Attentate im Reiche erhöht werden. Gewiß wäre es verbrecherisch, wollte man durch Herabsetzung des Wertes der Parlamente das Volk gleichgültig gegen seine politischen Rechte machen. Aber nicht minder müßte eine Taktik der parlamentarischen Sanftmut dieselbe ungünstige Wirkung herbeiführen, da der Arbeiterklasse das Vertrauen verloren gehen würde, ob im Parlament etwas zu erreichen ist, was die Mühe lohnt. Die Partei wird bei ihrer bisherigen richtigen Einschätzung des Parlamentarismus verharren; reaktionäre Pläne und Taten aber werden überwunden durch die Erkenntnis stets wachsender Volksmassen von der Notwendigkeit unserer Ziele für die materielle und geistige Wohlfahrt der Gesamtheit.

Die christliche Liebestätigkeit.

Von Paul Lafargue.

(Fortsetzung.)

2. Die Wohltätigkeitspflege im heidnischen Altertum.

Das Christentum hat der Welt die Wohltätigkeit nicht erst gebracht und brauchte sie ihr gar nicht erst zu bringen: gar manches Jahrhundert vor Christi Geburt erfreute sie sich schon in allen Städten des Altertums glänzender Pflege